

**TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE**

P/XXIII/112

Bonn, den 19. Juni 1968

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

| Seite |                                                                                          | Zeilen |
|-------|------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| - 2   | <u>Dem Frieden dienen</u>                                                                | 105    |
|       | Fazit der Reise Willy Brandts nach Österreich und Jugoslawien<br>Von Jesco von Puttkamer |        |

|       |                                                                                                        |     |
|-------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----|
| 3 - 5 | <u>Ausgeräumte Bedenken gegen Atomsperrvertrag</u>                                                     | 102 |
|       | Von Gerhard Flörig, MdB<br>Mitglied der Arbeitsgruppe "Atomsperrvertrag"<br>der SPD-Bundestagsfraktion |     |

ANFANG

|       |                                                                                                                                        |    |
|-------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| 1 - 3 | <u>Die Zukunft als humane Aufgabe</u>                                                                                                  | 37 |
|       | Jubiläumstagung der Gruppe Sozialistischer Verleger und<br>Buchhändler in Hannover machte neue Ziele deutlich<br>Von Wolfgang Teschene |    |

\* \* \*

Dem Frieden dienen

Fazit der Reise Willy Brandts nach Österreich und Jugoslawien

Von Jesco von Puttkamer

"Es ist bekannt, was ich als Außenminister der Bundesrepublik wieder und wieder betont habe, daß wir uns vor allen anderen an der Sicherung des Friedens zu orientieren haben. Wir haben in den letzten anderthalb Jahren manche Schritte getan, um unseren ehrlichen Willen zur Entspannung und zum friedlichen Ausgleich mit den Nachbarn im Osten zu beweisen. Diese Schritte haben uns noch nicht sehr weit geführt, aber sie haben uns doch etwas voran gebracht!" Mit diesen Sätzen, gesprochen beim ersten öffentlichen Auftreten zu Beginn seiner einwöchigen Reise nach Österreich und Jugoslawien, hatte der deutsche Außenminister die Akzente gesetzt, die seinen zweiten Besuch in einem kommunistisch regierten Land kennzeichnen: Ohne Illusionen setzt die Bundesrepublik ihre Politik der Entspannung und der Friedenssicherung fort.

Im Haus der Industrie am Wiener Schwarzenbergplatz hatte Willy Brandt einem illustren Auditorium, zu dem die meisten der in Wien akkreditierten Botschafter gehörten, seine ostpolitische Konzeption erläutert. Es war verständlich worden, daß der deutsche Außenminister gerade die österreichische Hauptstadt zur Tribüne gemacht hatte. Die österreichische Neutralitätspolitik, in den ersten Jahren nach dem Staatsvertrag noch auf schwachen Beinen stehend, beginnt allmählich zu einem Faktor im europäischen Kräftefeld zu werden. Das kleine Donauland gewinnt politische Attraktivität für Ost und West und gerät in eine Mittlerfunktion. Brandts Wiener Rede kam somit einer Botschaft an die Staaten Ost- und Südosteuropas gleich. Sie wurde entsprechend verstanden. Warschau allein reagierte negativ.

Am zweiten Tage seines Besuches in Wien erhielt Willy Brandt die Nachricht von den neuen Berlin-Aktionen des SED-Regimes. Für den Außenminister war es selbstverständlich, seine Reise zur Teilnahme an einer Sondersitzung des Bundeskabinetts in Bonn zu unterbrechen. Der Gedanke, den Besuch in Jugoslawien abzusagen, hat ihn aber offeneichtlich nicht allzu lange beschäftigt. Das hieße Herrn Ulbricht den Triumph allzu leicht zu machen. In Belgrad war denn auch deutlich zu spüren, daß die Jugoslawen dem Gast für sein Erscheinen dankbar waren, und daß sie, wenn auch mit Äußerungen zur Sache zurückhaltend, den Machthabern in Ost-Berlin die Wahl des Zeitpunktes ausgesprochen übernahmen.

In Belgrad betrat der deutsche Außenminister neuer Boden. In Rumänien hatte es sich um die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu einem Staat des Warschauer Paktes gehandelt. Hier ging es um die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen, die am 19. Oktober 1957 abgebrochen wurden, nachdem Präsident Tito die DDR diplomatisch anerkannt hatte. Zwar waren beide Länder in der Zwischenzeit durch Konsulate und Schutz-machtvertretungen miteinander verbunden, aber gleichwohl hatte sich ein Haufen bilateraler Probleme aufgestaut.

Auf diese Weise tat der Außenminister noch ein Übriges, die Atmosphäre von Tag zu Tag zu verbessern. So wurde denn die Begegnung mit Marshall Tito in dessen Sommerresidenz auf der Insel Brioni zu einem Schlußstrich unter die Vergangenheit und zu einem neuen Anfang in den Beziehungen beider Länder. Nach anderthalbstündiger Gespräch zog Willy

Brandt noch auf Brioni erste Bilanz: Präsident Tito, dem er auch persönliche Grüße des deutschen Bundeskanzlers überbracht hatte, habe die Hoffnung ausgesprochen, daß der Besuch des deutschen Außenministers der Anfang dafür sei, die Beziehungen zwischen beiden Ländern zu verbessern. Tito habe Wert darauf gelegt, zu sagen, daß man versuchen müsse, stufenweise voranzukommen. Brandt hat darauf erwidert, daß es unklug sei, größere Schritte zu machen, als die Beine lang seien.

Auch im Gespräch mit Präsident Tito standen die bilateralen Wirtschaftsfragen im Vordergrund. Aber auch Probleme der europäischen Sicherheit, die Vietnam-Frage und die Ostpolitik der Bundesregierung standen zur Diskussion. Schließlich nahm der deutsche Außenminister die Gelegenheit wahr - mit seinem Kollegen Nikezic wurde das Thema nicht behandelt - seine Sorgen über die gegen Berlin gerichteten Aktionen der DDR-Regierung vorzutragen.

Als Fazit der Reise läßt sich feststellen, daß Willy Brandt sich und die Richtigkeit des von ihm eingeschlagenen ostpolitischen Kurses bestätigt sieht. Welche Störmanöver auch immer sich Ost-Berlin einfallen lassen mag, die Bundesregierung wird mit ihrer Politik, die dem Frieden dient, fortfahren. In seinem unverkennbaren Hanseatenddeutsch sagte Brandt nach dem Gespräch mit Tito: "Ich habe einen Schub bekommen, nicht nachzulassen, sondern weiterzumachen!"

Brandt fand nüchterne, aber aufgeschlossene Gesprächspartner vor, die einerseits des Ostblocks Zurückhaltung gegenüber dem westdeutschen Gast schuldig sind, die aber andererseits im Gegensatz zu manchen ihrer Freunde in der kommunistischen Welt, die ostpolitische Konzeption der Bundesregierung als einen Beitrag zur Friedenssicherung ansehen. Dementsprechend lassen sich die in Jugoslawien geführten Gespräche des Außenministers in zwei Chemenkreise teilen. Einmal in die bilateralen Probleme, wobei es vorwiegend um handfeste jugoslawische Wirtschaftsinteressen geht, und in einen Meinungsaustausch über europäische und weltpolitische Probleme. In den Gesprächen in Belgrad fiel den Besuchern aus der Bundesrepublik besonders auf, mit welcher, man muß schon sagen schonungslosen Offenheit, die Jugoslawen über ihre eigenen Probleme, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die unruhigen Studenten, die keine ausreichenden Berufschancen sehen, und die personellen Fehlbesetzungen in den Schaltstellen von Wirtschaft und Industrie sprechen. Immerhin wird dadurch klar, welche Bedeutung für sie solche Fragen wie die defizitäre Handelsbilanz gegenüber der Bundesrepublik oder eine vermehrte Aufnahme von Gastarbeitern in Deutschland einschließlich deren sozialer Gleichberechtigung haben.

Der deutsche Außenminister zeigte Verständnis für die jugoslawischen Sorgen. Die Bundesrepublik wird dem Lande Titos entgegenkommen. Importe sollen erhöht, der Status der Gastarbeiter geregelt werden. Bei den politischen Erörterungen verhielten sich die jugoslawischen Gesprächspartner Brandts rezeptiv. Außenminister Nikezic ließ keinen Zweifel, daß nach Meinung der jugoslawischen Regierung nur eine Anerkennung zweier deutscher Staaten zur Befriedigung in Europa führen könnte. Gleichwohl steht seine Regierung den deutschen Überlegungen über einen Austausch von Gewaltverzichtserklärungen mit Interesse gegenüber. - Zum erstenmal wurde der deutsche Außenminister auf einer Pressekonferenz in Belgrad in ein Kreuzfeuer von Fragen osteuropäischer Korrespondenten genommen. Es fiel auf, daß die jugoslawische Presse sachliche Fragen stellte, während die Korrespondenten aus Polen, Bulgarien, der Sowjetunion und der DDR sorgfältig abgestimmte, teilweise sogar provokatorische Fragen stellten. Sie alle erhielten eine gebührende, humorvolle und faire Antwort von einem aufmerksam und gekannt agierenden Außenminister. Als dem Ostberliner ADK-Korrespondenten die Anrede: "Mein verehrter Landsmann" zuteil wurde, gab es allgemeines Schmunzeln der Pressekonferenz und zum Schluß lauten Beifall für Willy Brandt. + + +

Ausgeräumte Bedenken gegen Atomsperrvertrag

---

Von Gerhard Flänig, MdB

Mitglied der Arbeitsgruppe "Atomsperrvertrag"  
der SPD-Bundestagsfraktion

Das Abstimmungsergebnis über den Atomsperrvertrag im politischen Ausschuß der UN-Vollversammlung war eindeutig. Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß ihn weit mehr als die in Artikel IX des Vertrages geforderten 40 Staaten unterzeichnen und - zusammen mit den Kernwaffenstaaten USA, UdSSR und Großbritannien - auch ratifizieren werden. Das ist das Ergebnis zahlreicher Kompromisse, die bis in die vorletzte Woche hinein den ursprünglichen Vertragsentwurf immer wieder veränderten und, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, deutlich verbesserten.

Erfreulich ist insbesondere, daß es gelungen ist, die Kernwaffenstaaten auf ernsthafte Bemühungen zur atomaren Abrüstung festzulegen und entsprechende Verpflichtungen im Vertrag selbst zu verankern. Die "Kernwaffen-Habenichtse" verlangten eine solche Verpflichtung. Ihren vollen Wert würde sie allerdings erst erhalten, wenn in Form staatsrechtlich bindender Garantien jedem kernwaffenlosen Staat die Sicherheit gegeben werden könnte, daß die Kernwaffenstaaten mit ihrem atomaren Potential jeden Versuch eines atomaren Angriffs von dritter Seite sofort vereiteln werden.

Trotz der Kompromisse werden die beiden Hauptziele des Atomsperrvertrages nach seiner Ratifikation weitgehend erreicht:

1. eine Ausweitung des "Atomklubs" zu verhindern, d.h. sicherzustellen, daß Kernwaffenstaaten Atomsprengsätze nicht an andere Staaten liefern und spaltbares Material oder atomare Ausrüstungen nur an solche Staaten weitergeben, die dem Atomsperrvertrag beigetreten sind;
2. durch Kontrollen sicherzustellen, daß Atomreaktoren zur friedlichen Nutzung der Kernenergie nicht heimlich mißbraucht werden, um Bombenmaterial herzustellen, was tatsächlich rein technisch kein Problem wäre.

"Ein Schritt zur Abrüstung"

Man hätte eigentlich annehmen sollen, daß es in unseren Lande niemand geben würde, der dieser Zielsetzung nicht voll zustimmt. Schließlich wurden doch gerade die ursprünglichen deutschen Bedenken gegen den Atomsperrvertrag weitgehend ausgeräumt. Es ist klargestellt,

daß die im Vertrag vorgesehenen Kontrollen nicht zur Industriespionage mißbraucht werden können,  
daß allen Unterzeichnerstaaten die Vorteile der friedlichen Anwendung nuklearer Technologie, einschließlich aller technologischen Nebenprodukte, die Kernwaffenstaaten gegebenenfalls bei der Entwicklung von Atomsporngeätzen gewinnen, für friedliche Zwecke zur Verfügung stehen,  
daß die Versorgung mit Spaltstoffen zur Herstellung nuklearer Brennelemente sichergestellt ist.

Auch der Einwand, ein Beitritt zum Atomsperrvertrag könne die Einigung Europas behindern, wurde ausgeräumt. Mit großer Mehrheit hat das Europäische Parlament in Übereinstimmung mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften selbst festgestellt, der Vertrag beeinträchtigt nicht die Entwicklung der Kernenergie zu friedlichen Zwecken und die industriell-technologische Entwicklung. Wichtige Forderungen, die für ein Weiterbestehen der Europäischen Atomgemeinschaft unerlässlich sind, seien erfüllt. Der Vertrag verhindere auch nicht die sogenannte europäische Option, also die politisch vereinigten Staaten von Europa mit gemeinsamer Atomwaffenverteidigung. Der Vertrag befreie zwar die Welt nicht von der Gefahr eines Atomkrieges, aber er sei, trotz seiner Schattenseiten, einer unorganisierten Welt mit zahlreichen kleinen Atomstaaten vorzuziehen. Der Vertrag sei daher ein Schritt zur Abrüstung.

#### Hintergedanken ?

Wenn trotzdem - von einigen politischen Gruppen - noch immer vor der Unterzeichnung des Atomsperrvertrages gewarnt wird, dann erhebt sich eine Frage: Was soll mit dieser Warnung bezweckt werden? Die Unterstellung, die USA betrieben aus egoistischen und innenpolitischen Gründen eine Politik "atomarer Komplizenschaft" mit der Sowjetunion, muß die Amerikaner verletzen, zumal gerade sie sich Mühe gaben, der nichtkommunistischen Welt klarzumachen, daß ein Atomsperrvertrag nur Sinn hat, wenn er von Ost und West gleichermaßen akzeptiert wird. Wer, nachdem alle vernünftigen wirtschaftlichen Einwände ausgeräumt sind, noch immer offen oder heimlich gegen den Vertrag Stimmung macht, könnte den Eindruck hervorrufen, daß er Hintergedanken hat und es mit dem feierlichen Verzicht der Bundesrepublik auf die Herstellung und Anwendung von Atomwaffen nicht ganz ernst meint!

#### Praktische Kontrollmöglichkeiten

Der einzige annehmbare Einwand gegen den jetzt der UK-Vollversammlung vorliegenden Vertragsentwurf kann sich noch auf die praktische Verwirklichung der vorgesehenen Kontrollen beziehen. Ohne wirksame Kontrollen wäre der ganze Vertrag das Papier nicht wert, auf dem er niedergelegt

ist. Die Sorge der Europäer gilt der Frage, wie es gelingen wird, die bisher praktizierten Kontrollen der EURATOM mit den im Atomsperrvertrag festgelegten Kontrollen der Wiener Internationalen Atomagentur in Einklang zu bringen. Ein weltbekannter deutscher Fachmann, der Karlsruher Professor Häfele, stellte auf einem Symposium vor Vertretern des Amerikanischen und des Deutschen Atomforums dazu fest, schon bisher, auch ohne Atomsperrvertrag, habe es in der Bundesrepublik wirksame Kontrollen gegeben, ohne daß die friedliche Nutzung der Atomenergie dadurch beeinträchtigt wurde. Er zeigte praktische Möglichkeiten auf, diese Kontrollen mit den im Sperrvertrag vorgeschriebenen zu koordinieren.

Der Einwand der deutschen Atomindustrie, unnütze Doppelkontrollen und damit unnötige Kosten müßten unter allen Umständen vermieden werden, ist berechtigt. Es wird Aufgabe der Europäischen Gemeinschaften sein, bei ihren Verhandlungen, zu denen sie durch EURATOM-Vertrag auch im deutschen Namen ermächtigt sind, eine praktikable Lösung des Kontrollproblems zu erwirken.

Den ehrlich Besorgten und auch den aus Prinzip den Atomsperrvertrag kritisierenden sollte ein Gesichtspunkt entgegengehalten werden: Artikel VIII des Atomsperrvertrages bestimmt, daß jede Vertragspartei Änderungen des Vertrages vorschlagen kann. Und Artikel X legt fest, daß jede Vertragspartei in Ausübung ihrer nationalen Souveränität berechtigt ist, vom Vertrag zurückzutreten, wenn sie feststellt, daß durch außergewöhnliche, mit dem Gegenstand dieses Vertrages in Zusammenhang stehende Ereignisse eine Gefährdung der lebenswichtigen Interessen ihres Landes eingetreten ist.

Hinzu kommt die politische Überlegung, daß die Bundesrepublik sich gerade jetzt, da neue Schwierigkeiten im Berlinverkehr eingetreten sind, eine Isolation von ihren Freunden und Verbündeten weniger denn je erlauben kann. Die Bemühungen der Bundesregierung um Entspannung und Abrüstung müßten unglaubwürdig werden, wenn ausgerechnet die Bundesrepublik sich immer noch gegen eine Unterzeichnung des Atomsperrvertrages stemmen würde.

## Die Zukunft als humane Aufgabe

Jubiläumstagung der Gruppe Sozialistischer Verleger und  
Buchhändler in Hannover machte neue Ziele deutlich

Von Wolfgang Tschechne

"Die Bibliotheken werden viel von ihrem Wert verlieren. Bücher werden nicht mehr im Vordergrund bei den Fragen der Bildung stehen. Wenn der Mensch von morgen über irgendein Gebiet etwas wissen will, wird er sich an eine Informationsbank wenden, und in Sekundenschnelle werden ihm Spezialcomputer den Wissensstoff bis in Einzelheiten systematisiert vorlegen." - Das ist die Ansicht eines Ingenieurs, des Professors Dr. Karl Steinbuch von der Universität Karlsruhe. Doch das Erstaunliche daran ist: Sie wurde geäußert vor einem Auditorium, das sich aus Verlegern, Buchhändlern und Schriftstellern zusammensetzte.

Verständlich also, daß der Blick in die Zukunft - in eine Zukunft ohne Bücher - heftige Diskussionen gerade bei solchen Hörern auslöste. Aber das war gewiß die Absicht des namhaften Zukunftsforschers. Und es war auch gewiß absichtsvoll, diesen Vortrag - sein genauer Titel: "Zukunftsplanung als politische Aufgabe" - an den Beginn der Jubiläumstagung zu stellen, zu der sich in Hannover die Mitglieder und Freunde der Gruppe Sozialistischer Verleger und Buchhändler am vergangenen Wochenende getroffen hatten.

## Die Rolle der Informationstechnik

Dies also läßt sich feststellen: Die Gruppe ist jetzt zwanzig Jahre alt; aber sie ist so jung geblieben, daß sie sich mutig und entschlossen den Fragen der Zukunft stellt. Um ein Bild zu gebrauchen: Der Kopf wird nicht in den Sand gesteckt; er wird frei emporgehoben - auch wenn ein harter Wind weht.

Ein frischer Wind zumindestens. Denn was Professor Steinbuch mit dialektischem Geschick äußerte, war zwar eine denkbare Möglichkeit, war aber nicht die einzige Vorausschau auf das Jahr 2000. Im Rahmen einer großangelegten Übersicht machte der Wissenschaftler energisch die Aufgabe deutlich, sich rechtzeitig und planvoll auf Veränderungen in allen Strukturen unseres Daseins einzustellen; die Zukunft dürfe nicht mehr dem Zufall überlassen bleiben, sondern sie müsse endlich als Fortsetzung beobachtbarer Entwicklungen erkannt werden.

Gerade vor Menschen, bei denen das Buch im Mittelpunkt ihres Schaffens steht, wurde dabei die Zukunft der Informationstechnik intensiv unter die kritische Lupe genommen. Jede produktive Tätigkeit werde zukünftig von Computern beeinflusst, und auch in den Buchereien werde die Computertechnik angewandt werden. Das sei nun freilich nicht, wie am Anfang provokativ geäußert wurde, mit dem Ende des Buches gleichzusetzen. Die immer mehr verbesserte, immer mehr verfeinerte Informationstechnik sei auch als Waffe gegen jegliche Irrationalität gesellschaftlichen und politischen Handelns zu betrachten.

Hier endlich nun konnten die Verleger, Buchhändler und Schrift-

steller zustimmen; die Schrecksekunde des Anfangs war überwunden. Zurück blieb aber trotzdem eine tiefe Nachdenklichkeit, die in vielen Diskussionsbeiträgen ihren Niederschlag fand, und vielleicht hätte der Sprecher am meisten Recht, der seiner Bewunderung für das Zukunftsbild des Technikers Prof. Steinbuch lebhaften Ausdruck verlieh, dann aber doch bemerkte, daß da etwas Entscheidendes fehle - nämlich die psychische Komponente. Und die sei bei allen konstruktiven Glanz des kybernetischen Denkgebäudes die große Unbekannte.

#### Das Buch gehört ins menschliche Leben

Einer geschickten Regie war es zu verdanken, daß im Anschluß an den Techniker ein Germanist zu sprechen hatte: Die psychische Komponente wurde so gleichsam nachgeliefert. Der junge Professor Dr. Dr. Friedrich Kienecker aus Paderborn gehört nun schon zu den bekannten und sehr gern gehörten Rednern der Gruppe, und wie seinerzeit bei der Begegnungstagung christlicher und sozialistischer Buchhändler in Goslar wußte er auch diesmal durch seine brillante Formulierungsgabe die Tagungsteilnehmer für sich einzunehmen.

Prof. Kienecker untersuchte anhand vieler Beispiele besonders der Lyrik der Gegenwart, in welcher Form die Sprache in der Welt von morgen noch sinnvoll verwendet werden könne. Und es war weniger eine Antwort, sondern tatsächlich mehr eine Ergänzung zu Steinbuch, wenn er so dieser Folgerung kam: Aufgabe der Naturwissenschaftler ist es, den Bestand der Welt zu sichern und zu garantieren; Aufgabe der Schriftsteller ist es, dafür zu sorgen, daß auch morgen die Welt menschlich bleibt. Prof. Kienecker entwickelte die Aufgabe der Kunst in einem überraschend modernen Sinne. Sie sei längst nicht mehr Lebenshilfe, längst nicht mehr Trost in der menschlichen Einsamkeit; sie habe die Aufgabe, jede Ordnung provokatorisch zu dynamisieren und so dafür zu sorgen, daß auch in der mehr und mehr technologisch bestimmten Welt die humane Kommunikation möglich bleibt.

Es braucht hier nicht versichert zu werden, daß Kienecker die lebhafteste Zustimmung des Auditoriums fand. Die Gruppe der Sozialistischen Buchhändler und Verleger stimmte selbstverständlich mit dem Mann überein, der die Auffassung vertrat, daß sich aus einem Roman Kafkas mehr über unser Jahrhundert herauslesen lasse, als aus vielen technischen Abhandlungen. Aber es muß doch - fast möchte man meinen zur Ehre der Gruppe - festgehalten werden, daß der Technologie Steinbuch die größere Beunruhigung auslöste. Um so wohltuender war dann die Beruhigung, die der Germanist Kienecker gab - eine Beruhigung, die vor allem die Gewissheit brachte: Das Buch gehört auch in der Zukunft, vielleicht sogar noch stärker als in der Gegenwart, ins menschliche Leben.

#### Die Rede von Dr. Kreisky

Als schließlich Dr. Bruno Kreisky, der Vorsitzende der Sozialistischen Partei Österreichs und Außenminister a. D., ein "Zukunftsbild des Sozialismus" entwarf, wirkte das so, als hätte der Politiker



die Summe dessen gezogen, was zuvor die beiden Wissenschaftler an Zukunfts- und an Wirkungsmöglichkeiten auszubreiten hatten. Dr. Kreisky verdeutlichte, auf eine Fülle hochinteressanter Textstellen deutscher, amerikanischer und französischer Soziologen und Politologen gestützt, die Zukunftsmöglichkeiten des demokratischen Sozialismus folgendermaßen: Auch die konservative Politik werde sich einer Entwicklung nicht widersetzen können, die mehr und mehr dazu übergeht, einen Funktionswandel des Eigentums herbeizuführen; die große Aufgabe des Sozialismus aber sei es, in dieser Entwicklung neue Elemente der gesellschaftlichen Kontrolle und Mitbestimmung zu entwickeln. Es komme dabei auch darauf an, das Instrumentarium der Demokratie ständig neu zu überprüfen und die Planung für die Zukunft so zu handhaben, daß immer neue Bereiche mit den Ideen der sozialen Demokratie infiziert werden.

Der österreichische Politiker wandte sich dabei grundsätzlich gegen die Bestrebungen der neuen Linken, zu deren erklärten Wirkungsmitteln auch die Gewalt gehöre. Dr. Kreisky warf den Vertretern dieser neuen Linken Fangel an theoretischer Vorstellungskraft und Verlust an schöpferischer Phantasie vor; die neue Linke leide an dem Unvermögen, sich eine Änderung der gesellschaftlichen Ordnung mit den politischen Methoden vorzustellen, die es in der Demokratie gibt. Die Auseinandersetzung des demokratischen Sozialismus mit den Theoretikern der neuen Linken habe jedoch schon zu einer fruchtbaren Selbstbesinnung geführt. Und so sei die Zielsetzung des Sozialismus in der Konfrontation mit der Technostruktur von morgen erkannt und angenommen worden: Die Macht muß ständig kontrolliert, korrigiert und neutralisiert werden, um einen sich immer wieder erneuernden Veränderungsprozeß in humaner Richtung zu ermöglichen. - Den Verlegern und Buchhändlern wies der SPÖ-Vorsitzende die Aufgabe zu, im Prozeß der Bewußtseinsbildung die entscheidende Rolle zu spielen; es sei heute schon möglich, von einer Renaissance der sozialistischen Literatur zu sprechen, wenn man nur an die neue soziologische und sozialpsychologische Literatur denke; in der vor allem Fragen der politischen Ökonomie erörtert werden.

#### Veränderter Buchmarkt

Hierbei deckten sich die Ansichten Dr. Kreiskys mit den Worten des Vorsitzenden der Gruppe Sozialistischer Verleger und Buchhändler, des hannoverschen Verlagsdirektors Gustav Schmidt-Küster, der bei Eröffnung der Jubiläumstagung auf die wachsende Bedeutung des politisch engagierten Buches aufmerksam gemacht hatte. Die Welt sei in den vergangenen zwei Jahren in auffallend starker Weise politischer geworden, stellte Schmidt-Küster fest. Der Buchhändler könne heute feststellen, daß eine sich erneuernde Gesellschaft den Wunsch hat, sich durch die Literatur stärker als je zuvor objektiv und gründlich zu informieren. Der Buchmarkt habe sich völlig verändert, und es sei selbstverständlich, daß die neu zu sehende Einstellung der modernen Lerngesellschaft zum Buch auch erneuerte Formen des Buchhandels erforderlich macht. Gewiß sei die Buchhandlung auch zukünftig noch ein Zentrum der Bildung und der Kultur; weitaus stärker als bisher müsse sie sich aber zu einem Informationszentrum für die Menschen entwickeln, die erkannt haben, daß die durch Information veranlaßte Analyse gesellschaftlicher Vorgänge und Entwicklungen die Grundlage ihrer Mündigkeit bildet.